



WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

VOLKSBEGEHREN GEGEN TTIP, CETA UND TiSA

von 23. bis 30. Jänner 2017
in allen Gemeindeämtern und Magistraten in Österreich

Näheres dazu in dieser WEGWARTE sowie große öffentliche Veranstaltung dazu am 24. Jänner - siehe Rückseite.

Zum Ergebnis der Bundespräsidentenwahl: LETZTER SIEG DER ANGSTMACHER ?

Ein vernünftigeres und gerechteres Österreich bahnt sich an, das sich von dem **bestehenden Machtkartell** verabschiedet, das unserem Land die **höchste Arbeitslosigkeit** und die **höchste Staatsverschuldung** mithilfe der EU seit 1945 eingebrockt hat. Noch konnte dieses unheilvolle Machtkartell inklusive der willfähigen Massenmedien und ihrer zweifelhaften Methoden den Beginn eines anderen und besseren Österreichs verhindern, aber dazu mußte wirklich **alles** aufgeboten werden, was es in unserem (?) Land an finanzstarken Kreisen oder abhängigen Profiteuren der Herrschenden gibt. Angesichts der in dieser Dimension in der gesamten Geschichte der 2. Republik nur von der ebenso massiven Kampagne für den EU-Beitritt 1994 übertroffenen Einseitigkeit, ja geradezu Dämonisierung und Einschüchterung Andersdenkender ist das Wahlergebnis ein großer

53,8 %

VdB + Grüne
+ Großindustrie
+ SPÖ + ÖVP
+ Neos + KPÖ
+ Fischer + Griss
+ Liberale
+ auftragsabhängige
Künstler
+ große Teile der
Gebühren- und/oder
Inseraten-finanzierten
Medien
+ Druck aus dem Aus-
land (Barroso, Juncker
& Co. bis hin zur UNO)

46,2 %

Norbert Hofer
+ FPÖ
+ Unabhängige

Erfolg und es fehlt nicht mehr viel auf eine wirkliche WENDE.

Immerhin so viele (über 2,1 Millionen Österreicher) haben dieser geballten Kampagne widerstanden und das macht Hoffnung. Die Mechanismen, wie es sich gerade doch noch für das Machtkartell „ausgegangen“ ist, fassen wir auf den nächsten Seiten kurz zusammen. Es ist wichtig,

diese im Gedächtnis zu behalten, damit sie bei den nächsten Bundeswahlen 2017 oder - spätestens - 2018 **nicht wieder** wahlentscheidend sein können. Denn in abgewandelter Form werden diese Mechanismen, die man in ihrer Summe am besten mit dem Wort **PSYCHOTERROR** kennzeichnet, immer wieder eingesetzt werden, um das eigenständige Denken der Menschen lahmzulegen.

Norbert Hofer wurde bei Bekanntgabe seiner Kandidatur Ende Jänner 2016 von den Meinungsforschern auf ein Wahlergebnis von 8 % eingestuft und erhielt nur 10 Monate später das Sechsfache (!) an Bürgerzustimmung. Sein Wahlkampf hatte auch international ein **riesiges Medieninteresse** hervorgerufen und damit insgesamt durch Monate hindurch einen geradezu täglichen Interview-Marathon aus dem In- und Ausland ausgelöst.

Aus dem INHALT:

Zur Haselsteiner-Kampagne	Seite 4
CETA-Abkommen (Prof. Heinrich Wohlmeyer)	Seite 5-6
Migranten als Rammbock (Interview mit F. Beck)	Seite 7-10
Volksbegehren Eintragungswoche	Seite 11
Einladung zum Info-Abend „Volksbegehren“	Seite 12

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

„Es ist mein ganz großes Lebensziel als Politiker, den Menschen die Möglichkeit zu geben, selbst über die eigene Zukunft entscheiden zu können.“

Norbert Hofer

am 11.10.2016 auf seiner facebook-Seite in einer um 01.56h veröffentlichten Mitteilung an rund 300.000 „Freunde“, die wie folgt weiterging: „Die Abstimmung am 10.10.1920, als sich die Südkärntner Bevölkerung für die Zugehörigkeit zu Österreich entschied, war ein beispielhafter Akt der Selbstbestimmung. Gerne war ich daher als 3. Nationalratspräsident Gast bei den Feierlichkeiten zum Kärntner Landesfeiertag.“

Während durch 10 Monate Wahlkampf hindurch über Van der Bellen kaum **ein** negatives Wort in den Medien zu lesen oder zu hören war, mußte Hofer sich fast täglich gegen tagelang breitgetretene Vorwürfe wehren, die meist an den Haaren herbeigezogen, schlicht unwahr oder grob irreführend waren. Es wird da immer mit der Methode gearbeitet, „es wird schon was hängenbleiben“ und wenn jemand so unter Dauerbeschuß steht, werden die Leute Angst bekommen, sich für „so jemanden“ auszusprechen. Diese Art Angriffe werden so weitergehen, aber es ist zu hoffen, daß immer größere Teile des Volkes sie durchschauen werden. Ist jemand **„frauenfeindlich“** wegen **einiger** Sätze in einem über 100 Seiten umfassenden Buch, das er gar nicht selbst geschrieben hat, und obwohl in seiner ganzen Lebensführung nichts „frauenfeindliches“ zu erkennen ist? Aber viele Frauen ließen sich das einreden.... Da wird behauptet, er hätte um viele Millionen Euro **Staatsbürgerschaften** vergeben, obwohl er gar keine Möglichkeit hat, Staatsbürgerschaften zu verleihen. Wenige Tage vor der Wahl wird sogar behauptet, Hofer sei für die Todesstrafe, obwohl er in seinem gesamten politischen Leben einer der erklärtesten **Gegner der Todesstrafe** war und ist. Das sind nur einige Beispiele von vielen; so viele Prozesse hätte er gar nicht führen können, um all dies zu entgegnen, und außerdem wissen die Verleumder genau, daß deren Ergebnisse erst Monate bis Jahre **nach** dem Wahltermin zustandekommen und dann bestenfalls als Zweizeiler in den Medien aufscheinen.

Links ist gut, rechts ist böse?!

Mit diesem „Totschlagargument“ gelingt es nach wie vor, die Menschen davon abzuhalten, **konkrete politische Inhalte** zu erkennen und diese daraufhin zu prüfen, ob sie sinnvoll und der Allgemeinheit zuträglich sind oder eben nicht. Selbst wenn der „Linke“ sich ausgerechnet von

Großindustriellen und Bankern (von Strabag bis Raiffeisen), von ÖVP-Bürgermeistern und EU-Kommissaren unterstützen läßt, alles egal - Hauptsache er stellt seinen Gegner dreimal täglich als „Rechten“ (Rechtsextremen, Rechtspopulisten, Rechtskonservativen etc.) dar, dann hat er alle anderen Parteien und Medien hinter sich und gewinnt sicher (noch!). Für die Landbevölkerung wird das dann damit kaschiert, daß man mitten im Wahlkampf plötzlich auf **Trachtenanzug und Blasmusik** „umsteigt“ und Kirtage und Volksfeste besucht, die man ein Leben lang gehaßt und verachtet hat. Damit wird z.B. zugedeckt, daß zu den politischen Inhalten des Neo-Trachtenträgers auch die Abschaffung des Bundesheeres gehörte, deren Oberbefehlshaber er jetzt ist, und zwar sowohl des Wehrdienstes als auch des Zivildienstes. Erst wenn solche **Täuschungs-Strategien** bei einer immer größeren Zahl von Bürgern nicht mehr „ziehen“, gibt es eine Chance auf positive Veränderungen im Land. Das wird aber nur gelingen, wenn noch mehr Bürger sich wirklich informieren und dazu wollen wir auch weiterhin einen Beitrag leisten.

Diese **„Gesinnungskeule rechts“** wird ganz gezielt eingesetzt von allen, denen es gar nicht um Ideologie, sondern vor allem um die Bewahrung ihrer derzeitigen Positionen und sonstigen Vorteile (Subventionen, Aufträge etc.) geht. Das erkennt man deutlich an zahlreichen Politiker- und Medien-Aussagen zum Wahlausgang. Etwa in der Tageszei-

tung „Heute“ einen Tag nach der Wahl, in der als große Schlagzeile folgende Aussage des Wiener SPÖ-Bürgermeisters **Häupl** zu lesen war: **„Das Gute hat über das Böse gesiegt.“** Und solche öffentlichen Aussagen kommen von genau Jenen, die immer davon reden, daß Andere Haß säen würden, sie selbst aber ach so versöhnlich und verbindend wären.... Oder die Fernsehzeitschrift **tvmedia**, die den Wahlausgang mit der Schlagzeile **„Untergang abgesagt“** (Untertitel „Der Abend, als Van der Bellen siegte“) kommentierte. Viele ähnliche Beispiele von **verbaler Gewalt** können hier aus Platzgründen nicht angeführt werden.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte auch **eine etwa eine Woche vor dem Wahltermin ausgesendete Videobotschaft** einer 89-jährigen Holocaust-Überlebenden namens **„Frau Gertrude“**, die die derzeitige Gesamtlage sinngemäß als vergleichbar mit jener in den 30-er Jahren darstellt und daher vor der FPÖ warnt. Jetzt wie damals würden „niederste Instinkte“ geschürt - siehe

<http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Holocaust-Ueberlebende-warnt-vor-FPOe/259780540>

Das Video wurde auch von zahlreichen Massenmedien aufgegriffen und u.a. auf der Facebook-Seite von Van der Bellen präsentiert. Insgesamt wurde es im Internet von **über drei Millionen** Menschen gesehen. Zum Vergleich: die großen ORF-Wahlduelle haben im Durchschnitt etwa eine Million Zuseher. Nach der Wahl begrüßte das Internationale Auschwitz-Komitee den Sieg Van der Bells in einer eigenen Aussendung, bei der dieses sich auch für das Video von „Frau Gertrude“ bedankt - siehe

<http://auschwitz.info/de/presse/pressemitteilungen/presseinfo-einzeln/lesen/auschwitz-ueberlebende-zu-bundespraesidentenwahl-in-oesterreich-besonderen-dank-an-gertrude-809.html>

„Für die west- und mitteleuropäischen Kleinstaaten, und dazu gehört im Weltmaßstab auch Deutschland, ist Selbstbestimmung, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit - also kurz Souveränität - eine ILLUSION.“

Alexander van der Bellen

in seinem im September 2015 erschienenen Buch „Die Kunst der Freiheit“. Mit dieser Aussage steht er in krassem Gegensatz zu gleich den ersten Sätzen der UNO-Charta, in denen das Recht auf Selbstbestimmung der Völker und Staaten als Grundlage des internationalen Völkerrechts festgelegt wird.

Was sind die konkreten Folgen des Wahlergebnisses für die Bürger?

Das bestehende Machtkartell hat mit einem Bundespräsident Van der Bellen weiter **alles** in Österreich in der Hand. Darüber sollte sich niemand hinwegtäuschen. Eigentlich war und ist er für diese nur ein Mittel zum Zweck, um deren Positionen, finanzielle Vorteile und Einflußmöglichkeiten weiter ungestört aufrecht halten zu können. Mit ihm als Präsident wird der **Abbau österreichischer Souveränität und Neutralität** weitergehen. Und auch die bedingungslose Unterwerfung („Steigbügelhalter“) gegenüber der Brüsseler EU. Er befürwortete 1999 als „Grünen“-Chef den völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien und 2011 die Bombardierung Libyens. Er ist ein strikter Gegner von direkter Demokratie auf Bundesebene und glühender Befürworter der Massenzuwanderung. Merkels Öffnung der Grenzen bezeichnet er - wie auch die grüne Bundesobfrau Glawischnig - als „bewundernswert“. Bis zuletzt sprach er sich gegen eine Obergrenze für Asylwerber aus.

„Verloren“ hat nicht Ing. Hofer oder die FPÖ, sondern all jene Bürger, denen ein zukunftsfähiges Österreich wirklich am Herzen liegt und nicht eine Kolonie des internationalen Großkapitals. Die „Schläge“ als Folge des Wahlausgangs werden die Gesamtbevölkerung treffen - auch die VdB-Wähler, und zwar sehr schnell. Die **Erhöhung der GIS-Gebühren** offenbar als Belohnung für den ORF als kaum verhülltes Propagandainstrument war nur der Anfang. ÖVP-Innenminister Sobotka erklärte gleich nach der Wahl, daß „Österreich **jährlich 50.000 Zuwanderer brauche**“ analog zu Merkels „Wir (?) schaffen das“. Und wer in diesem Zusammenhang wagt, über die geschätzten rund 35.000 Abtreibungen **pro Jahr im Inland** (eine genaue Erfassung dieser Zahl wird seit Jahren von den Verantwortlichen verweigert) nachzudenken, ist ein Extremist. Ob es nicht doch humaner wäre, den werdenden Müttern (und Vätern) bei uns jede nur erdenkliche Unterstützung - moralisch und finanziell - zukommen zu lassen, damit diese Kinder auf die Welt kommen können?

Und auch die EU kann jetzt gegenüber Österreich ungestört weiter „wüten“. Kurz nach der Wahl in Österreich wurde verkündet, daß „Brüssel“ nicht gestatten wird, daß Österreich das Kindergeld **für die im Ausland lebenden Kinder hier wohnender Zuwanderer** an die dortigen (weit niedrigeren) Lebenshaltungskosten anpassen darf. D.h. unsere Arbeitnehmer, Selbständigen und Bauern - also die, die unseren Staat überhaupt tragen - sollen dafür arbeiten, daß die Kaufkraft im Ausland gestärkt wird. Damit werden noch mehr Betriebe abwandern; wohin soll das führen?!

Im Hinblick auf das CETA-/TTIP-Abkommen

Hofer hat als dritter Nationalratspräsident und damit Teil des Vertretungsorgans des Bundespräsidenten die Unterschrift für das CETA-Abkommen **nachweislich am 17.10.2016 verweigert**, seine rot-schwarzen Kollegen in diesem Vertretungsorgan, Bures und Kopf, konnten ihn aber in diesem Dreiergremium überstimmen und nur deshalb konnte der nicht gewählte Bundeskanzler Kern am 30.10. in Brüssel die Zustimmung „Österreichs“ zum **„vorläufigen Inkrafttreten** des CETA-Abkommens bekanntgeben. Hätte Hofer die ja für 2. Oktober bereits festgelegt gewesene „Wiederholungswahl“ gewonnen, wonach es nach allen zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Meinungsumfragen aussah, wäre dies nicht möglich gewesen. Hofer hatte ja mehrfach erklärt, daß er als Bundespräsident nur nach **vorheriger Volksbefragung** gemäß deren Ergebnis entscheiden würde. Van der Bellen wird das nicht tun, da ja einer der Hauptfinanziers seiner Kandidatur (Haselsteiner) sowie auch gewichtige weitere der Unterstützer seiner Kampagne (NEOS, ÖVP, SPÖ-Kanzler Kern etc.) massive CETA-/TTIP-**Befürworter** sind. Übrigens „verdankt“ Hofer insbesondere seiner Haltung zu diesen Handelsverträgen mit Kanada und den USA die enorme Propagandawalze gegen ihn, da diese Verträge ein **gigantisches Geschäft** für die transkontinentalen Großkonzerne darstellen....

Ein großes DANKESCHÖN

allen Mitarbeitern, Sympathisanten und Lesern, die bei der Unterstützungsjahraktion für Hofer aus freien Stücken und persönlicher Überzeugung mitgemacht haben - durch Infoblatt-Verteilung und/oder finanzielle Beiträge. Durch teilweise sehr intensive und ausschließlich ehrenamtliche Mitwirkung in großem Ausmaß wurden auf diese Weise in den Monaten vor der Wahl fast **achthunderttausend (!) Info-Blätter mit Argumenten** in ganz Österreich ausgetragen. Insgesamt betrug die Druck- und Portokosten rund **50.000,- €**, die zum Teil vom engsten Kreis privat vorfinanziert wurden. Bitte helfen Sie per beiliegendem Zahlschein dabei mit, daß nun der Gesamtbetrag abgedeckt werden kann. Vielen Dank im voraus!

Nun gibt es dank der Initiative einiger SPÖ-Bürgermeister aus dem n.ö. Mostviertel das **VOLKSBEGEREN** gegen diese Verträge, das die „Initiative Heimat & Umwelt“ natürlich voll unterstützt. Der zur Organisation dieses Volksbegehrens aus SPÖ-Funktionären gebildete Verein hat den Mut, sich damit gegen die eigene Parteiführung zu stellen und auch diese Tatsache soll uns allen Hoffnung machen. Bitte verbreiten Sie dieses Volksbegehren und unsere Info-Veranstaltung dazu am 24. Jänner über E-mail, Internet oder facebook oder trennen Sie das Flugblatt der Organisatoren (Seite 11) samt Vortragseinladung auf der Rückseite heraus und kopieren Sie es für Freunde und Bekannte.

Bei den **kommenden Nationalratswahlen** wird es vor allem darauf ankommen, daß die Verfassungsmehrheit der neuen Blockparteien (rot-schwarz-grün/pink) gebrochen wird, sodaß diese nicht mehr wie derzeit alles im Alleingang bestimmen können. Dazu muß die FPÖ mindestens ein Drittel der Mandate, also über 33 % aller Wählerstimmen, erreichen. Bei der letzten NR-Wahl 2013 erhielt sie 20,5 % (962.313) Stimmen, ist aber laut allen Meinungsumfragen seit einiger Zeit stärkste Partei und liegt „stabil“ auf über 30 %. Für Verfassungsänderun-

gen, die ja vom Nationalrat fast jedes Jahr beschlossen werden, ist eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten erforderlich. Das gilt auch für **Staatsverträge**, also alle EU-Verträge und damit auch für die TTIP/CETA/TiSA-Verträge. Kann die FPÖ **mehr als ein Drittel der Man-**

date erreichen, kann auch der neue „Betonblock“ der Anderen deren Ratifizierung im österreichischen Parlament nicht mehr durchbringen. Hofer erklärte darüberhinaus Ende Dezember im Interview gegenüber der Austria Presseagentur APA, daß „eine **Koalition mit der FPÖ** nach der

nächsten Nationalratswahl nur unter der Voraussetzung möglich sein wird, daß die **direktdemokratischen** Instrumente in Österreich ausgebaut werden. Dies sei ein **Befreiungsschlag** für Österreich und vor allem für die Wähler.“

Zur Haselsteiner-Kampagne

Das Schlimme an dieser mit vielen hunderttausend Euro des größten Bauindustriellen Österreichs finanzierten Kampagne „Kommt Hofer - kommt Öxit - kommt Pleitwelle - kommt Arbeitslosigkeit - kommt Bauernsterben - kommt Tourismusflaute“ war nicht deren primitives Niveau, sondern daß diese Totschlagphrasen gerade von Jenen geglaubt wurden, die sich so als intellektuell und gebildet sehen. Diese in zig TV-Spots und Zeitungsinseraten großflächig beworbenen „Argumente“ im Stile einer Propagandawalze halten keiner sachlichen Prüfung stand, worüber sich jeder mit wenig Aufwand im Internet hätte informieren können. Auch nicht die von dieser „Initiative“ (inkl. Ederer, Fischler, Konrad) immer wieder behauptete Angstmasche, daß bei einem EU-Austritt der Export einbrechen würde.

Eines der stärksten Exportländer der Welt, die Schweiz, ist kein Mitglied der EU und dennoch ist ihr wichtigster Außenhandelspartner Deutschland. Die Wirtschaftsdaten der Schweiz sind um vieles besser als die aller EU-Staaten, und zwar nicht wegen des Bankensektors (was immer behauptet wird), der nur 4 % des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz ausmacht. Unter den 20 Ländern mit dem **größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf weltweit** steht **die Schweiz** gemäß Prognose für 2016 mit (umgerechnet) **80.675,31** US-Dollar an zweiter Stelle. Das „beste“ EU-Land in diesem „ranking“ steht erst an 8. Stelle, nämlich das nicht-Euro-Land Dänemark mit (umgerechnet) **52.114,-** US-Dollar, Deutschland scheint nur an 20. Stelle auf mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von knapp über der Hälfte von jenem der Schweiz, nämlich **40.996,-** US-Dollar. Das erste Euro-Land in dieser Statistik liegt nur auf dem 15. Platz, nämlich Österreich mit auch nicht viel über der Hälfte des BIP der Schweiz, nämlich 43.724,03 US-Dollar pro Kopf.

Das BIP gilt als wichtigstes Einschätzungskriterium der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes und stellt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen dar, die im betreffenden Jahr innerhalb der Landesgrenzen hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.

In punkto **Wettbewerbsfähigkeit** war die kleine Schweiz 2015 mit ihrer starken Wertschöpfung aus den Klein- und Mittelbetrieben zum siebenten Mal in Folge Dauerweltmeister im „World Competitiveness Report“, der vom Weltwirtschaftsforum in Genf durchgeführten Untersuchung der Wettbewerbsfähigkeit von 140 Nationen. Die Prognose für 2016 sieht die Schweiz an zweiter Stelle noch vor den USA, Singapur und Schweden (auch ein Nicht-Euro-Land), übertroffen nur von Hongkong.

Daten entnommen aus: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/166224/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt-pro-kopf/>

Zum Vergleich der Staatsverschuldung:

In Österreich betrug die Staatsverschuldung 2013 74,5 % des BIP, in Deutschland 78,4 %, in Italien 132,6 %. Am 22.12.2016 betrug die Staatsverschuldung Österreichs 292,998 Milliarden Euro oder pro Kopf 39.422,- Euro, das sind 70.059 Euro pro Erwerbstätigem. Der dafür nötige Kredit kostet den Staat (= den Steuerzahlern) jährlich Zinsen von 7,599 Milliarden Euro; jeder Erwerbstätige muß dafür jedes Jahr 1.818,- Euro „bezahlen“, einer der Gründe für die laufend sinkende Kaufkraft unserer Einkommen.

1970 (am Beginn der Ära Kreisky) betrug die Staatsverschuldung Österreichs **15 %** des BIP, 1995 **68 Prozent** des BIP, 2015 bereits **85,5 % (!)** des BIP.

Im Vergleich dazu gibt es **in der Schweiz** keine steigende Entwicklung der Staatsverschuldung: 2007 betrug deren Schuldenstand 39,4 % des BIP, 2014 34,7 %, 2015 34 %, und für **2017** werden **34,1 %** prognostiziert, also weit weniger als die Hälfte der Staatsverschuldung Österreichs.

Daten entnommen aus: <http://staatsschulden.at>

Zur Arbeitslosigkeit

Auch dabei weist das Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz wesentlich bessere Werte auf als die EU-Staaten. Aus einer Veröffentlichung der **„Wirtschaftskammer Österreich“** geht hervor, daß **Österreich** im Jahre 2016 eine Arbeitslosenquote (d.h. in Prozent der Erwerbspersonen) von **5,9 %** aufwies, der Durchschnitt in der Euro-Zone (19 Staaten) 10,2 % betrug, der Durchschnitt aller 28 EU-Staaten 8,7 %, wohingegen die **Schweiz** 2016 eine Arbeitslosenquote von nur **4,3 %** hatte. Und dieser deutliche Unterschied ist seit Jahren in ähnlicher Weise gegeben. Für 2017 wird für Österreich eine Arbeitslosenquote von **6,1 %** prognostiziert, für die Euro-Zone von 9,7 %, für die EU-28 von 8,3 %, und für die EU- und Euro-freie Schweiz von **4,2 %**. Und diese Zahlen basieren auf Quellen der **EU-Kommission** (!), also nicht irgendwelcher angeblicher Verschwörungstheoretiker, siehe: wko.at/statistik/eu/europa-arbeitslosenquoten.pdf

Ebenso wie die am 22.12.2016 im ORF-Teletext zitierte, neue Eurobarometer-Umfrage mit folgendem Ergebnis: „Die Österreicher sehen die EU im Durchschnitt negativer als Bürger anderer EU-Länder. Laut ihrer heute veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage haben **35 % der Österreicher ein negatives Bild von der EU, 28 % ein positives und 36 % ein neutrales.**“

Großbritanniens Wirtschaft wächst trotz Brexit-Votum deutlich:

Meldung von vol.at (Vorarlberg online) vom 23.12.2016

„Die britische Wirtschaft zeigt bisher keine Anzeichen von Schwäche infolge des Brexit-Votums vom Sommer. Nach neuen Zahlen des statistischen Amtes ONS wuchs die britische Wirtschaft im 3. Quartal 2016 um 0,6 % zum Vorquartal. Das Wachstum hatte im 1. Quartal 0,3 % und im 2. Quartal 0,6 % betragen. Im Jahresvergleich wuchs die britische Wirtschaft in den Sommermonaten 2016 um 2,2 %. Das ist die höchste Rate seit dem 2. Quartal 2015.

Die Robustheit der Wirtschaft Großbritanniens kommt für viele Ökonomen überraschend. Vielfach wurde erwartet, daß das Brexit-Votum einen Unsicherheitschock auslöst, was aber überwiegend ausblieb. Auch die konjunkturellen Folgen für die anderen Länder der EU hielten sich bisher in Grenzen.“ (APA/dpa)

Gesamter Bericht siehe

<http://www.vol.at/grossbritanniens-wirtschaft-wuchs-trotz-brexit-votum-deutlich/apa-1333623290>

Das Brexit-Referendum fand am 23. Juni 2016 statt und war übrigens keine bindende Volksabstimmung, sondern „nur“ eine Volksbefragung, deren Ergebnis aber von der Regierung respektiert wurde. Der **formelle Austrittsantrag gemäß Artikel 50 EU-Vertrag** wird voraussichtlich im März 2017 bei der EU einlangen; die Verhandlungen für ein Austrittsabkommen können zwei Jahre in Anspruch nehmen. Deren Ergebnis ist aber für den austrittswilligen Staat nicht bindend; der Austritt kann nach zwei Jahren auch ohne ein solches Abkommen in Kraft treten - siehe die Absätze 3 und 4 des Austrittsartikels 50 im EU-Vertrag.

Weiterer Widerstand gegen das CETA-Abkommen unbedingt nötig!

Warum die Zusatzklärungen zum CETA-Abkommen nicht reichen, die Sorgen der Menschen berechtigt sind und ihr Wille nicht verraten werden darf.

von Prof. Heinrich WOHLMEYER, Lilienfeld

Insider (also Menschen die mit den Hintergründen vertraut sind) wissen, dass das CETA, das „Umfassende Ökonomische und Handelsabkommen“ (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada der Schuhlöffel für das TTIP, die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA ist. Das CETA ist gleichsam die

Blaupause für das TTIP. Wenn dieses abgeschlossen wird, kann man argumentieren, dass man doch den USA das nicht verweigern könne, was man Kanada zugestanden hat.

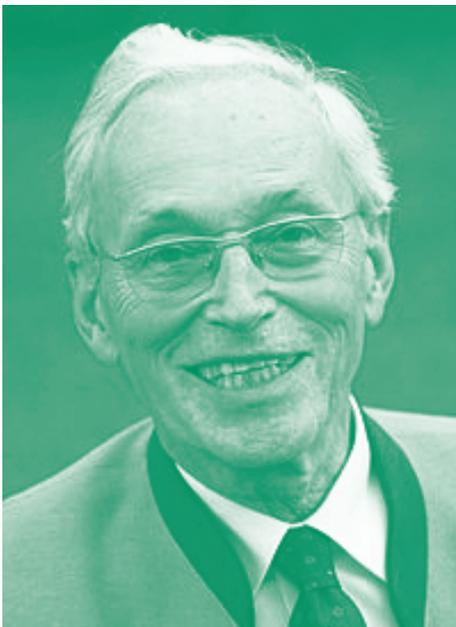
Wie schon der Titel sagt, sind die Schwerpunkte des Abkommens „umfassend“ bis hin zur gegenwärtigen Finanzordnung, die die ‚Radnabe‘ der derzeitigen nicht zukunftsfähigen weltpolitischen Entwicklung ist. Nach Meinung des mir persönlich bekannten US-amerikanischen **Völkerrechtlers Alfred de Zayas** verstoßen die Freihandelsabkommen wie TPP, TTIP, TiSA und so auch CETA gegen das Völkerrecht. Es seien keine Freihandelsverträge, sondern „politische Verträge, die unser demokratisches System abschaffen sollen“. Über die sogenannte ‚Regulative Zusammenarbeit‘ können geplante Rechtssetzungen von vornherein unterbunden werden. Dies bedeutet, daß die gegenwärtigen nicht zukunftsfähigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zugunsten jener, die derzeit von diesen profitieren eingefroren werden.

Das CETA-Abkommen umfaßt

1598 Seiten mit einer Unmenge von Regeln und Ausnahmen (Reservations) auf beiden Seiten. Letztere umfassen bei Österreich 11 Seiten (S. 989 – 1000) (bis hin zu den Schischulen). Dies bedeutet aber, daß alles was in den ‚Reservations‘ nicht genannt wird, den zwingenden Bestimmungen des Abkommens unterworfen ist. Der **Nobelpreisträger Joseph Stiglitz** hat zu den ‚umfassenden‘ Abkommen gemeint, daß sie mit ihrer Vielzahl von Bestimmungen und den hinter ihnen stehenden unterschiedlichen Interessen und Rechtskulturen zu mehr Rechtsunsicherheit und damit zu kostspieligen Rechtsstreitigkeiten (Geschäft für die Internationalen Anwaltskanzleien) führen werden. Rechtsregeln sollen einfach, leicht erkennbar und einhaltbar sein.

Hierzu kommt noch die demaskierende Aussage der US-Botschafterin in Wien, Alexa Wesner, bezüglich des Folgeabkommens TTIP, daß dieses die notwendige **ökonomische Flankierung der NATO** sei.

Diese hat sich aber leider zu einem Aggressionsbündnis gewandelt,



das vor allem eine Zusammenarbeit von Westeuropa – insbesondere von Deutschland – mit Rußland zu verhindern trachtet, weil bei einer solchen die geopolitische Vormachtstellung der USA gefährdet ist. Jene, die dies bezweifeln, können es insbesondere in den geopolitischen Büchern von Halford Mackinder und Zbigniew Brezinski nachlesen.

Die EU-Kommission versucht im Wege der „**vorläufigen Anwendbarkeit**“ vollendete Tatsachen zu schaffen. Dies bedeutet, daß die europäische Rechtskultur auf den Kopf gestellt wird. Die Exekutive (Regierung und ihr unterstehende Verwaltungsorgane) hebt dadurch nämlich die Parlamente und damit die Staatsbürger aus. Während die Gewerkschaften und NGOs bei ihrer Ablehnung von CETA bleiben, haben sich die Mehrheits-Parteien in Deutschland und Österreich aufgrund des Druckes der Großindustrie und der Finanzwirtschaft zu einem das Gesicht wahrenden „Kompromiß“ durchgerungen. Die internationalen Schiedsgerichte dürfen nicht zur Anwendung kommen, und ein jederzeitiger Austritt müsse möglich sein.

Das deutsche Bundesverfassungsgericht ist dieser Linie de facto gefolgt und hat eine rückspielende Entscheidung getroffen. Man wies zwar die Eilanträge gegen CETA zurück, behält sich aber die weitere Überprüfung vor. Dies bedeutet nicht nur Rechtsunsicherheit, sondern auch ein das Vertrauen der Bürger erschütterndes Durchwinden der Regierung/en und der Justiz. Da die Versprechungen bezüglich eines Mehr an Arbeitsplätzen und Wohlstand kaum eintreffen werden, droht diese Vorgangsweise zu erhöhten sozialen Spannungen und politischer Destabilisierung zu führen.

Ich habe daher in meinem **Buch „Empörung in Europa - Wege aus der Krise“**, 2. Auflage, IBE-RA-Verlag 2014, vor der „**tödlichen Umarmung**“ gewarnt und darauf hingewiesen, daß die in der WTO

(Welthandelsorganisation) ausgehandelt, multilateralen Spielregeln für einen wohlstandsmehrenden, vielfältigen Welthandel vollkommen genügen. Sich **einem** Partner auszuliefern, ist auch geopolitisch nicht klug.

Heinrich WOHLMEYER ist Träger des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich, studierte in Wien, London und den USA, war erfolgreich in der Industrie- und Regionalentwicklung tätig und ist einer der wenigen Manager, die wegen ihres sozialen Engagements mit der goldenen Arbeiterkammermedaille ausgezeichnet wurden. Er stand an der Wiege der Nachhaltigkeitskonzepte, entwarf das erste „grüne Energieprogramm“ für Österreich und thematisierte die Rückkehr von der Petrochemie zur kreislauforientierten Naturstoffchemie. Er lehrte an der Technischen Universität Wien kreislauforientierte Verfahrenssysteme und ist Honorarprofessor für Ressourcenökonomie und Umweltmanagement an der Universität für Bodenkultur in Wien.

Wer sich eingehender mit diesen Handelsverträgen beschäftigen will, sei auf folgende **ausführlichere Unterlagen** aus dem Internet verwiesen:

Artikel von Prof. Wohlmeyer „Was wir bei der Transatlantischen Umarmung bedenken sollten“ - siehe: http://empoeurungineuropa.heinrich.wohlmeyer.bimashofer.eu/empoeurungineuropa.heinrich.wohlmeyer/TTIP_-_Uberlegungen.html

Verfassungsbeschwerde gegen die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada, **CETA**, wegen Verletzung der Grundrechte von Prof. Dr. rer.nat **Klaus Buchner**, Mitglied des Europäischen Parlaments. Verfahrensbevollmächtigter Dr. jur. **Karl Albrecht Schachtschneider**.

Siehe: <http://www.kaschachtschneider.de/>

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit 28 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

.....
WEGWARTE 27. Jahrgang, Folge 1, Jänner 2017

Zulassungsnummer "02Z033544S" - Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/Herausgeber/Verleger: **Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net,**

www.eu-austritts-volksbegehren.at www.heimat-und-umwelt.at

Spendenkonto: PSK, IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: OPSKATWW

„Migranten als Rammbock“

Den Profiteuren der Völkerwanderung auf der Spur.

Interview mit der investigativen Journalistin und Buchautorin Friederike Beck in bezug auf die Lage in Deutschland, die für Österreich ganz genauso gilt.

Foto: Privat



Friederike Beck, Jahrgang 1968, ist freie Autorin und Übersetzerin. Sie studierte Geschichte, Slawistik und Anglistik. Deutschlandweit bekannt wurde Beck mit ihrem Enthüllungsbuch Das Guttenberg-Dossier. Das Wirken transatlantischer Netzwerke und ihre Einflußnahme auf deutsche Eliten, in dem sie detailliert das Förderernetzwerk des früheren CSU-Bundesverteidigungsministers recherchierte. Friederike Beck ist außerdem aktiv als Texterin und Sängerin (Mezzosopranistin bzw. Altistin). Sie lebt in Spanien und in Deutschland.

Frau Beck, Sie haben monatelang für ein Buch über die Hintergründe und Profiteure der Politik der offenen Grenzen in Deutschland recherchiert. Die Antwort der etablierten Parteien und Medien würde lauten: Wir alle profitieren von der Einwanderungspolitik der Bundeskanzlerin. Kamen Sie zu einem anderen Ergebnis?

Beck: Meine Recherche startete ich vor einigen Monaten aus Jux und Neugier: Die Berichterstattung über die sogenannte Flüchtlingskrise fand ich bereits surrealistisch, als ich irgend-

wo einen Kommentar las, hinter allem stecke doch bestimmt mal wieder der böse George Soros. Innerlich grinsend begann ich ein paar „Probebohrungen“ im Netz, und bei dem, was ich in den nächsten Wochen herausfand, verging mir das Grinsen, ja, ich stand zwei bis drei Tage lang fast unter Schock.

Warum das?

Beck: Es gibt nämlich eine spätestens seit dem Jahr 2005 perfekt eingerichtete Migrationsinfrastruktur nach Europa. An dieser beteiligen sich maßgeblich Akteure aus dem reichsten einen Prozent unseres Planeten in Form von superreichen Stiftungen und Hedgefonds, die gewöhnlich ihre unvorstellbaren Reichtümer an Orten wie den britischen oder niederländischen Überseeterritorien bunkern. Und mit ihren ebenfalls unvorstellbar hohen Gewinnen finanzieren sie über bis zu drei Etappen durchlaufende Finanzierungsmodelle eine Unzahl von Nichtregierungsorganisationen (NGO).

Was treiben diese NGOs?

Beck: Sie bilden aus, sie stellen an, sie schulen, sie statten mit Materialien aus, die sie wiederum von eigens gegründeten Thinktanks erstellen lassen, sie erfinden „Narrative“, sie berufen Konferenzen nach Brüssel ein, sie betreiben mit ausgefeilten Methoden Lobbyarbeit an den Schaltstellen des Europaparlaments, um Gesetze gezielt zu beeinflussen, und vor allem schaffen sie auch Abhängigkeiten. Sprich, ein Heer von „Aktivisten“, die mit diesen Geldern gepolstert werden, angefangen vom Helfer auf der sogenannten Balkanroute bis zu Juristen, die sich „Migrationsstrategien“ ausdenken, oder dem EU-Abgeordneten, der gleichzeitig Funktionär einer derartigen NGO ist. Die offiziellen Verlautbarungen unserer Politiker zum Thema angebliche Bereicherung, Facharbeiterschwemme, zweites Wirtschaftswunder und wie sie alle hießen, konnte ich nicht ernst nehmen: Schließlich wußte und weiß niemand, wer da kam. Ich sah diese ganze Stimmung inklusive Berichterstattung als eine

Art riesiges Psycho-Experiment Orwellschen Ausmaßes in Deutschland mit ungläubigem Interesse.

„Der von Angela Merkel autokratisch durchgeführte Akt wird von mehreren Motiven getragen.“

Schon vor dem September 2015, als Merkel die Grenzen öffnen ließ, setzten sich zahlreiche NGOs, Parteien und Medien für eine ungezügelt Masseneinwanderung ein. Wer genau sind die Vordenker einer solchen Politik?

Beck: Ich habe versucht, nach dem Motto zu recherchieren: Je näher man der Quelle kommt, desto klarer wird das Wasser. Es mag jetzt für einige überraschend klingen – aber im Prinzip handelt es sich bei dem ganzen Migrationshype, der seit einigen Jahren zunehmend betrieben wird, um ein Thema der Globalisierung: Es soll der zweite Abschnitt der Globalisierung eingeläutet werden, die totale Mobilität, der „free flow of services“, also der global jederzeit abrufbaren, verfügbaren Dienstleistungen. Diese werden bekanntlich von Menschen bereitgestellt. Es wird versucht, über eine absichtsvoll ungesteuerte Migration nach Europa einen breiten Billiglohnsektor zu etablieren. Das sage nicht ich, sondern das regen EU-Parlamentarier selbst an, die sich gleichzeitig von superreichen NGOs bezahlen lassen. Besonders im Blick hat man dabei die Flüchtlinge ohne Papiere. Natürlich wird das nicht ohne Folgen bleiben: Schon bald werden auch in Deutschland Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen und Zeitarbeitsverträgen den zunehmenden Druck spüren. Und das ist genau das, was mich – mein Herz schlägt auch links – am meisten anwidert: das Versagen der Linksintellektuellen, Globalisierungskritiker, professionellen Vertreter der kleinen Leute bis hin zu Kabarettisten und wie sie alle heißen, die zwar die Gefahren von TTIP und CETA erkannt haben, deren Analysevermögen beim Thema „Folgen einer unkontrol-

lierten Massenmigration“ aber regelmäßig aussetzt. Dabei ist interessant, daß wichtige Protagonisten der Migrationsagenda in den Qualitätsmedien überhaupt nicht vorkommen, wie zum Beispiel der sogenannte „Pate“ der Globalisierung Peter Sutherland.

Wer ist das?

Beck: Sutherland sollte das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT in die Welthandelsorganisation (WTO) transformieren, was bereits 1995 passierte. Er läutete damit die erste Phase der Globalisierung ein, in der der freie Fluß von Kapital und Gütern entfesselt wurde. In diesem Zusammenhang darf man die verhängnisvolle Abschaffung des sogenannten Glass-Steagall Acts 1999 durch US-Präsident Bill Clinton nicht vergessen: Dieses Gesetz war in den USA als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 1929 geschaffen worden. Es bestimmte die Einführung eines Trennbankensystems, also entweder klassisches Bankengeschäft mit Einlagen- und Kreditgeschäft sowie entsprechenden Dienstleistungen oder Investment-Banking im Wertpapiergeschäft. Die Bankenkrise von 2008 mit der Entfesselung von Kapitalströmen, die in Lichtgeschwindigkeit um unseren Globus jagen, hätte es mit dem Gesetz sicherlich nicht gegeben. Halt! Es gibt sie ja immer noch, aber die Globalisierungsagenda wird trotzdem unermüdlich vorangetrieben. Auch die Freihandelsabkommen mit der Liberalisierung des Güterverkehrs haben nur wenigen unvorstellbar hohe Gewinne eingebracht. Auf der anderen Seite stehen bekanntlich Abbau von Arbeitsplätzen und Produktion und Auslagerung in Billiglohnländer. Über Sutherland habe ich buchstäblich alles zur Verfügung stehende Material gesichtet, und ich kann nur sagen, man ist der Quelle schon sehr nah, wenn man dem Originalton dieses globalen „Entscheiders“ zuhört: Es gibt tatsächlich kein Elitengremium, bei dem Sutherland nicht im Vorstand oder im Lenkungsausschuß saß oder noch sitzt: von der London School of Economics über Goldman Sachs, das Council on Foreign Relations bis zu seiner Funktion als Sondergesandter für Migration des jeweiligen UNO-Generalsekretärs. Auch andere gewichtige Entscheider ohne jede demokratische Legitimation wie Frans Timmermans, der Vizepräsident der EU-Kommission, William Lacy Swing, der Präsident der Inter-



Foto: Wikimedia/Mstyslav Chernov/CC BY-SA 4.0

Illegale Migranten fordern im September 2015 in Budapest ihre Weiterfahrt nach Deutschland.

nationalen Organisation für Migration, oder George Soros kann man sich im Originalton anhören. Diese Dosis, ja Überdosis der wahren Motive hinter der Humanitätsrhetorik sind eine bittere, aber heilsame Medizin für jeden, der Wahrheitssuche betreiben möchte.

Was sind eigentlich die Motive für eine totale Grenzöffnung, wie wir sie im Herbst 2015 erlebten?

Beck: Hier gab es offensichtlich eine Gemengelage: Der von Angela Merkel autokratisch durchgeführte Akt wird von mehreren Motiven getragen. Er war ein Erpressungsakt gegenüber den Deutschen, um sie zu mehr „Verantwortungsübernahme“ in der globalisierten Welt zu zwingen, sprich ihre Bereitschaft zu militärischem Eingreifen zu erhöhen. Ansonsten würden die Probleme vor der eigenen Haustür landen. Es war ein vasallischer Treueakt gegenüber den Anforderungen der USA, ihren Machtbereich Europa ähnlicher zu machen, es multikulturell voranzutreiben, wobei Merkel vermutlich nicht in der Lage war, den Pferdefuß zu erkennen: die gewünschte Destabilisierung Europas, den absehbaren Absturz des Euro und damit die Fortschreibung des Dollars als „sicherer“ Währung, da die USA in der jetzigen multipolaren Welt große Schwierigkeiten haben, jeden Tag das nötige Kapital aufzutreiben, das in

ihre Währung investiert werden muß, um das System am Laufen zu halten. Des weiteren war es ein versuchter Ermächtigungsakt, die EU-Zentralisierung voranzutreiben – ebenfalls eine Langzeitforderung der USA –, der aber aufgrund des Widerstandes vor allem der zentral- und osteuropäischen Staaten nicht gelang. Den Nationalstaaten sollte eines der letzten Elemente der Souveränität aus der Hand geschlagen werden: darüber zu bestimmen, wer auf ihren Territorien lebt. Dies soll nämlich eine zentrale Asylagentur in Malta zukünftig festlegen. Quotenregelungen sollen den einzelnen EU-Ländern zentralistisch aufgedrückt werden, Strafinstrumente sollen sanktionieren dürfen.

Geht es den Politikern tatsächlich um „Humanität“ oder um „Profit“?

Beck: Das ganze Gerede von „ein freundliches Gesicht zeigen“, Humanität und Menschlichkeit ist zutiefst ekelhaft. Die Vertreter der Migrationsagenda nutzen bewußt die traditionell hohe Hilfsbereitschaft der Deutschen, ihren Idealismus unter Ausbeutung der Komplexe und Schuldgefühle aus einer zwölf Jahre währenden Diktatur, um ihre Politik der „Transformation“ voranzutreiben. In meinem Buch zitiere ich Dokumente des Hasses gegen den noch verbliebenen Rest europäischer Natio-

nalstaatlichkeit, die man am liebsten hier und jetzt zerstören möchte. Dabei werden die Migranten gewissermaßen nur als Rammbock mißbraucht; sie sind letzten Endes genauso Opfer der Migrationsagenda wie die einheimischen Europäer, deren Lebenswelten, deren soziale Sicherheit Stück für Stück „transformiert“, also zerstört werden. Mißbrauch und Manipulation sind Kerngeschäft der Verfechter der total globalen Migration und der total offenen Grenzen. Und natürlich geht es am Ende um Profit: In meinem Buch zitiere ich den UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon in einem Gastbeitrag für die Berliner Zeitung – man kann ihn dabei getrost als Sprechpuppe Peter Sutherlands sehen: „Die freie Bewegung von Menschen hilft, die Weltwirtschaft anzutreiben. Wenn ein Krankenhaus in London Krankenschwestern benötigt, wirbt es sie aus Ghana oder Sierra Leone an. Wenn Google Programmierer sucht, wird es oft in Entwicklungsstaaten fündig. Bis heute war dieser Fluß der Menschen hauptsächlich für die reichen Staaten von Vorteil und erregte in den Entwicklungsstaaten Besorgnis über die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte. Unser Wissen aber nimmt zu, wie die Migrationsgleichung für alle funktioniert.“ Ban Ki-moon zeichnet hier das Bild eines jederzeit abrufbaren Arbeitsmigranten im Zeitalter der totalen Mobilität, der quasi immer auf gepackten Koffern sitzt, wenn der Ruf der Globalisierung ertönt. Ohne Familie, ja oft nicht einmal mit einer Chance auf Familiengründung, ohne Rückhalt in einem vertrauten sozialen Umfeld teilt sich diese mobile Arbeitsbiene gerne auch mal ein Schlafzimmer mit sechs anderen Migranten, um einen Arbeitsplatz als Krankenschwester zu ergattern. Fern der Heimat nimmt sie einen Job auch schon für wenig Geld an.

Welche Folgen wird das für die Aufnahmegesellschaften haben?

Beck: Die Vertreter der offenen Grenzen meinen im Ernst, dieser angestrebte Zustand wirke sich auf unsere europäischen Lohnverhältnisse nicht aus. Was die zweite Phase der Globalisierung in Wahrheit erstrebt, ist eine globale Konkurrenzsituation für alle Menschen in Dienstleistungsberufen. Es gibt irgendwann kein Zurück mehr, wenn Millionen von Migranten eingeströmt sind, die man nicht alle dauerhaft in den Sozialsystemen alimentieren kann. Doch dann ist es zu

spät. Wenn die politische Linke aufwachen sollte, sind die Züge längst abgefahren. Ich sage jetzt mal prophetisch: Diese Sünde, den anrollenden Zug nicht gesehen zu haben, könnte ihr das Genick brechen. Aber das hätte sie sich dann auch redlich verdient. Und wenn Ban Ki-moon hier von Wissen faselt, wie die „Migrationsgleichung“ für alle immer besser funktioniert, so muß man sich nur einmal die ungeheuren Vermögenskonzentrationen bei dem reichen einen Prozent ansehen, die gerade in den letzten 15 Jahren stattfanden. Nach einer Studie von Oxfam, einer NGO mit Sitz in Großbritannien, besaß im Jahr 2000 das reichste Prozent der Weltbevölkerung rund 40 Prozent des Weltvermögens. 2014 verfügten die reichsten 85 Menschen über den gleichen Reichtum wie die ärmere Hälfte der Erdbevölkerung, also 3,5 Milliarden Menschen zusammengenommen. „Gleichermaßen profitieren“ und wie die Beschwörungsformeln sonst noch lauten mögen, sieht anders aus!

Woher kommt eigentlich die Parole „Refugees Welcome“ ursprünglich?

Beck: Sie entstammt vermutlich der Berliner Antifa- bzw. der sogenannten antirassistischen Szene der 1990er Jahre, die immer bemüht war, Begriffe zu kreieren, die dann die Funktion von Ohrwürmern – oder sollte man sagen: Hirnwürmern – übernehmen. Vom selben Pedigree ist „Kein Mensch ist illegal“, „No border – no nation“, „Gleiche Rechte für alle“ usw. Diese Begriffe erklären die Welt einfach und reduzieren komplizierte Zusammenhänge auf simple, rein emotionale Antworten, die in so einen Slogan gepreßt werden. Diese Losungen haben zudem den unschätzbaren Vorteil, daß sich ihre Nutzer Menschen mit anderer Meinung gegenüber moralisch überlegen fühlen können – was ja immer ganz wichtig bei Antifas und Antiras ist. Wie gesagt: Das böse Erwachen kommt noch! Das Bild einer fliehenden Familie wurde übrigens amerikanischen Straßenschildern entnommen, die vor über den Highway laufenden illegalen mexikanischen Einwanderern warnten.

Das Thema ‚Fluchtursachen bekämpfen‘ ist zutiefst verlogen.“

Politik und Medien kritisieren heftig den Begriff „Überfremdung“. Wie sehen Sie das?

Beck: Damit erfüllen sie genau die ihnen zuge dachte Aufgabe. In meinem Buch zitiere ich Veranstaltungen und einschlägige Dokumente, wo an Medien und Politik klar die Forderung gestellt wird, das „Narrativ“ zu ändern, die Masseneinwanderung in glorreichen Farben zu malen und dabei die emotionale Methode der Beleuchtung von Einzelschicksalen anzuwenden. Der Eindruck einer streckenweise geradezu surrealistischen Berichterstattung trägt nicht. In meinem Buch schildere ich eine absolut unfaßbare Veranstaltung in Brüssel aus dem Jahr 2014, ein Ereignis namens „EuroPhilantropics“, wo Zusammenschlüsse superreicher Stiftungen und Geldspender in Brüssel mit EU-Politikern, Medienleuten und NGO-Vertretern zusammenkommen und dort genaue Kommunikationsstrategien zum Wohle der Migrationsagenda vorstellen. Zum Schluß wird unter den Politikern und Medienvertretern der Ruf laut, daß die philanthropische Ebene sich stärker engagieren müsse – sprich, sie fordern auch noch ganz ungeniert mehr Geld für sich ein. In solchen Momenten meiner Recherche zweifelte ich daran, daß das Europa, wie es im fernen Brüssel derzeit konstruiert ist, reformierbar ist. Es muß vermutlich auf Null zurück, um diesen unerträglichen Filz loszuwerden.

Beim Thema Einwanderung gibt es eine auf den ersten Blick bizarre Allianz aus Großindustrie und Finanzsektor auf der einen Seite und Linksextremisten, Antideutschen und „Kapitalismuskritikern“ auf der anderen Seite. Wie kam dieses Bündnis zustande, und wie läßt es sich erklären?

Beck: Es gibt zwei Aspekte: Zum einen handelt es sich ganz einfach um ein unappetitliches strategisches Bündnis, so wie es die USA etwa mit den absolutistischen Golfmonarchien pflegen. Die nützlichen Idioten der Globalisierungsvertreter werden natürlich schon morgen wieder fallengelassen, wenn der, sorry, Mohr seine Schuldigkeit getan hat. Die globalen „Entscheider“ bedienen sich im Sinne ihrer strategischen Vorteile mal dieser, mal jener politischen Richtung. Der andere Aspekt ist, daß über Jahre im linken migrantenfreundlichen, Antifa-, Antira- und Refugee-Welcome-Milieu eine NGO-Infrastruktur errichtet wurde, die nunmehr in voller Blüte steht und deren Erfolge wir 2015 gezwungen waren mitzufeiern, als an der Balkanroute die angebliche

Festung Europa geschleift wurde. Es geht hier um Millionen-Gelder, die in diesen NGO-Apparat über Jahre investiert wurden. Die Informationen sind da draußen, wieso ist das außer Viktor Orbán und mir noch nie jemandem aufgefallen? Spaß beiseite: Man ist versucht, diese irrwitzige Szenerie mit einer ferngesteuerten Roboterarmee zu vergleichen, die jederzeit auf ein Stichwort hin losläuft und Slogans skandiert wie „Say it loud, say it clear: Refugees are welcome here“. Das ist die Ebene der Aktivisten aus den sogenannten Graswurzelbewegungen, aber der von superreichen Stiftungen finanzierte Apparat hat natürlich auch noch höhere Ränge, bewährte Kader, Ausbilder, Rechtsanwälte, „migration officers“, Thinktank-Mitglieder und andere Schreibtischtäter.

Welche Rolle spielen bei der Frage Asyl und Einwanderung in Deutschland US-amerikanische Denkfabriken?

Beck: Im geostrategischen Denken der USA ist Deutschland ein sehr wichtiges Land, das es an sich zu binden und den USA immer ähnlicher zu machen gilt. Unzählige transatlantische Unternehmungen wie die Atlantik-Brücke, der American Council on Germany, das Aspen-Institut, der European Council on Foreign Relations usw. geben hier die Agenda vor. In diesen „Elite“-Unternehmungen sitzen traditionell Vertreter politischer Parteien, führende Medienleute, Militärs, wichtige Vertreter von Großunternehmen. Die Treffen in solchen Zirkeln dienen unter anderem dazu, in Deutschland oder Europa generell das „durchzustechen“, was US-Thinktanks gerade als wichtige Punkte auf der Agenda ansehen. Seit Jahren ertönen aus Richtung USA Forderungen nach mehr Multikulturalismus und Einwanderung und danach, die

Geschwindigkeit der europäischen Vereinheitlichung zu erhöhen. Besonders zynisch ist, daß die globale Antwort auf die derzeitige Migrationskrise aus US-Sicht lautet, daß vor allem Deutschland die Migranten aufnehmen soll. Daß Amerika überhaupt keine Aufnahmeanstrengungen unternimmt, wird von unseren Politikern klaglos akzeptiert. Letztlich geht es bei all diesen „Spielen“ darum, Europa im amerikanischen Machtfeld zu halten und eine Ausrichtung nach Eurasien zu verhindern. Deswegen auch die „Wirtschafts-NATO“ TTIP und die amerikanischen Bemühungen, Standards anzugleichen, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu etablieren, der das Problem wettmacht, daß die USA aus europäischer Perspektive eigentlich eine Insel sind.

Angela Merkel betont immer wieder, man müsse die „Fluchtursachen bekämpfen“, gleichzeitig fördert und unterstützt die Bundesregierung sogenannte „Rebellen“ in Ländern wie Libyen oder Syrien. Wie geht das zusammen?

Beck: Dieses Thema „Fluchtursachen bekämpfen“ ist zutiefst verlogen. Zum einen beteiligte sich die Bundesregierung bekanntlich weidlich an der Zerstörung der letzten säkularen arabischen Staaten und stimmte in die Rufe des „Gaddafi must go“ bis „Assad must go“ ein. Die Bundesregierung trug die widerlichen EU-Wirtschaftssanktionen gegen Syrien weiter mit, obwohl das Land schon massiv unter internen Flüchtlingen stöhnte und der Islamische Staat gerade große Erfolge feierte. Nirgendwo ist strategischer Weitblick oder wenigstens der Ansatz einer Korrektur erkennbar. Schon gar nicht bei den zum Teil ruinösen Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staaten, die diese teilweise unter mas-

sivem Druck der EU unterschrieben. In der Folge gab es einen Niedergang zum Beispiel bei kleinbäuerlichen Hühnerzüchtern, die gegen die Mastbetriebe der europäischen Konkurrenz nicht mehr standhalten konnten. Folge: nicht selten Landflucht und Weggang. Außerdem hat die EU bereits seit langem sogenannte Migrations- und Mobilitätsabkommen mit afrikanischen bzw. nordafrikanischen Staaten abgeschlossen, wo ausdrücklich zur geordneten Migration und Neuansiedlung in Europa eingeladen wird. Die Hohlformel „Fluchtursachen bekämpfen“ ist also bei Licht besehen nur eine Beruhigungsspiel für die Öffentlichkeit.

Angenommen, Berlin würde mit den Staaten Afrikas und Syriens eine umfassende Übereinkunft zur Rückgliederung der Migranten aus diesen Ländern treffen. Wer hätte davon den größten politischen und finanziellen Schaden?

Beck: Abgesehen davon, daß vielleicht George Soros vor Empörung ein letaler Herzinfarkt ereilen könnte und einige Refugees-Welcome-Aktivisten Weinkrämpfe bekommen würden, gäbe es nur Vorteile: Die Maßnahme würde unendlich viel billiger kommen als alles, was unter dem Stichwort „Integration“ in den nächsten Jahren finanziert werden muß, ganz abgesehen von dem demnächst ins Haus stehenden Familiennachzug, der allen hier in Deutschland anerkannten Flüchtlingen nach EU-Recht zusteht. Es wäre zudem eine aktive Maßnahme für den Wiederaufbau etwa der Infrastruktur des kriegszerstörten Syriens, wenn jeder Rückkehrer mit 10.000 bis 30.000 Euro ausgestattet würde. Das wären „Peanuts“ im Verhältnis zu den Verwerfungen, die Deutschland ins Haus stehen, wenn die Migrationsagenda weiter seelenruhig umgesetzt wird. Zudem wäre es ein Akt der Wiedergutmachung wegen der Destabilisierung Syriens, auch wenn Deutschland dabei im wesentlichen Mitläufer war, und ein Beitrag zur Völkerverständigung. Und das Heft des Handels wäre endlich wieder ergriffen.

Frau Beck, vielen Dank für das Gespräch



Friederike Beck Die geheime Migrationsagenda

Wie elitäre Netzwerke mit Hilfe von EU, UNO, superreichen Stiftungen und NGOs Europa zerstören wollen. – Spätestens seit 2015 ist die Massenmigration nach Europa zu einer Lawine angewachsen. Warum stoppt niemand den Zustrom? Die Autorin legt offen: Die Politik und Finanzeliten befeuern den Migrationsstrom, und die EU ist Teil des Problems. Das Buch nennt die Förderer der Massenzuwanderung und deckt ihre Netzwerke auf. Eine Fundgrube an brisanten Enthüllungen und Hintergrundinformationen.

304 Seiten. Zu beziehen bei office@meinbuecherdienst.at, Tel. 07227/80188, zum Preis von 20,60 € plus 3,90 € Versandkosten; ab Bestellung von zwei Exemplaren versandkostenfrei. Siehe auch im Internet unter www.meinbuecherdienst.at

**Quelle dieses Interviews:
das deutsche „ZUERST“-
Nachrichtenmagazin in seiner
Novemberausgabe 2016
(im Internet unter
zuerst.de zu finden).**

Ein VOLKSBEGEHREN gegen TTIP, CETA und TiSA!

Das Abkommen mit Kanada (CETA) liegt vor. Jene mit Amerika (TTIP) und das Dienstleistungsabkommen (TiSA) werden noch verhandelt.

jetzt
unter-
schreiben

**GEGEN
TTIP
CETA & TiSA**

www.volksbegehren.jetzt

**Eintragungswoche:
vom 23. bis 30. Jänner 2017
auf allen Gemeindeämtern
und Magistraten!
Ihre Unterschrift zählt!**

Wir lehnen diese Handels- abkommen ab, weil ...

- ... die Verhandlungen von völliger Intransparenz geprägt sind. Während der Verhandlungen zu CETA wurde uns mitgeteilt, dass alles erst verhandelt wird und man den Ausgang der Verhandlungen abwarten muss. Nach dem Abschluss der Verhandlungen wurde mitgeteilt, dass das Ergebnis fertig ist und keine Änderungen mehr möglich sind. Bei TTIP und TiSA ist es genau so!
- ... der Preis den Markt bestimmt. Dadurch wird der Druck auf die Landwirtschaft und auf die Arbeit-

nehmerInnen erhöht. Die Herabsetzung von Umweltstandards ist zu befürchten. In Kanada (dem Abkommen CETA) sind Lebensmittelarten zugelassen die in Europa verboten sind. Die Hormonbehandlung bei Rindern ebenso.

- ... durch internationale Schiedsgerichte der österreichische Rechtsstaat ausgehöhlt wird. Wir haben ein hervorragendes Rechtssystem in Österreich und in Europa und brauchen deshalb keine zusätzliche Institution.

- ... der Druck auf Privatisierungen größer wird.

... wir schon bisher Handel betrieben haben und diese weiteren Abkommen nur den Großkonzernen und der Agrar- und Lebensmittelindustrie nutzt. Die entfallenen Zölle gehen zu Lasten aller.

- ... das Vorsorgeprinzip nicht klar geregelt ist.

- ... und, und und.

**Deshalb unterzeichnen
Sie das Volksbegehren
gegen TTIP, CETA
und TiSA!**

www.volksbegehren.jetzt
Facebook: **Gegen TTIP,CETA und TiSA**

Bitte weiterverbreiten!

INITIATIVE
Heimat & Umwelt



Eintritt: freie Spende

Einladung zum öffentlichen
Vortrags- und Diskussionsabend

VOLKSBEGEHREN **gegen TTIP, CETA UND TiSA**

am **Dienstag, 24. Jänner**, um **19 Uhr**
in **ALTLENGBACH** im Wienerwald
im **Hotel STEINBERGER, Hauptstraße 52**

Es sprechen:

Herbert THUMPSE MSc

*Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Traisen,
einer der Hauptorganisatoren des Volksbegehrens*

Hon.Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr.

Heinrich WOHLMEYER

Ressourcenökonom

Ing. **Norbert HOFER**

3. Präsident des Nationalrats

Veranstalter:

**Unabhängige und freie Arbeitsgemeinschaft
„INITIATIVE HEIMAT & UMWELT“**

Moderation:

Inge RAUSCHER, Obfrau der IHU

**Möglichkeit zum Speisen vor Veranstaltungsbeginn
und nach Veranstaltungsende (kleine Karte).**

Alt lengbach liegt zwischen Wien und St.Pölten nahe Autobahnknoten Steinhäusl,
A1-Autobahnabfahrt „Alt lengbach“, Westbahn-Station Eichgraben-Alt lengbach,
Gratis-Abholdienst von und zum Bahnhof unter 0664/4251935 anmelden.
Übernachtungsmöglichkeit im Hotel vorhanden: 02774/2289, reservierung@hotel-steinberger.at

Impressum/für den Inhalt verantwortlich:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242/70516, ihu@a1.net